

**Cornelia Stocker, FDP**  
**Ulrich Straub, FDP**

Herrn Rainer Hager  
Präsident des GGR  
Stadtkanzlei  
6301 Zug

Zug, 23. November 2000

### **Interpellation betreffend Projekt Kapo/Stapo - wo stehen wir?**

Sehr geehrter Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

In der Neuen Zuger Zeitung vom 16. und 17. November 2000 sind zwei Artikel über den Stand des Projektes Kapo/Stapo erschienen. Den Zeitungsartikeln ist zu entnehmen, dass der Regierungsrat bis spätestens Ende 2001 die Integration umsetzen wolle. Von den 55 Stadtpolizisten sollen 48 zum Kanton übertreten. An einer gemeinsamen Sitzung vom 24. Oktober 2000 hätten Regierungsrat und Stadtrat beschlossen, dass die beiden Kommandanten bis Ende Januar 2001 die optimale polizeiliche Versorgung im Kanton unter besonderer Berücksichtigung der Stadt abklären sollen. Probleme bei der Projektarbeit habe offenbar der Begriff der einheitlichen Führung mit sich gebracht. Der Chef der Sicherheitsabteilung hat das Vorgehen des Kantons als Machtdemonstration bezeichnet.

Dem gegenüber steht der Auftrag, der sich aus der gemeinsamen Vorlage von Kantonsrat und Grosse Gemeinderat vom 25. Mai 1999 ergibt. Offensichtlich steht dieser Beschluss im Widerspruch zur neuesten Entwicklung. Das Stadtparlament als Volksvertretung muss deshalb ausführlich informiert werden, dies im Sinne der jüngst versprochenen offenen Kommunikation. Der Stadtrat wird ersucht, zu folgenden Fragen schriftlich Stellung zu nehmen:

1. Wie ist der genaue Stand der Projekte der gemeinsamen Vorlage (Nr. 1486) vom 25. Mai 1999?
2. Wieso gibt es Verzögerungen?
3. Weshalb gibt es Probleme bei der Interpretation der einheitlichen Führung?
4. Welche Projekte wurden - wie in der Vorlage 1486 aufgezeigt - bearbeitet? Gab es Meinungsabweichungen? Wenn ja, mit welcher Begründung von Seiten des Stadtrates?

5. Wie geht es weiter und wie verhält sich die in den Zeitungsartikeln angesprochene Lösung zur gemeinsamen Vorlage vom 25. Mai 1999? Ist der Stadtrat nun entgegen seiner früheren Aussagen bereit die Stadtpolizei aufzugeben? Wenn ja, warum?
6. Welche Konsequenzen haben die neuen Lösungen für die Sicherheit der Stadt-zuger Bevölkerung? Auf welche Weise gedenkt der Stadtrat für diese in Zukunft garantieren zu können?
7. Kann uns der Stadtrat klar aufzeigen, inwieweit die Gemeindeautonomie beeinträchtigt sein wird, konkret: Mit welchen Kompetenzverlusten zu rechnen ist?

sig. Cornelia Stocker

sig. Ulrich Straub